

50. Jahrestag der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946

**GEDENKEN AN DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN OPFER
DER ZWANGSVEREINIGUNG**

**Gedenkveranstaltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
20. April 1996, Metropol-Theater, Berlin**

REDE

Prof. Dr. Hermann Weber

Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

"Zwang, Betrug, Verfolgung"

Zum 50. Jahrestag der Zwangsvereinigung

Sperrfrist: Redebeginn.
Es gilt das gesprochene Wort!

Es ist schon ein denkwürdiger Augenblick, wenn Sozialdemokraten in diesem Haus zusammenkommen, um die Opfer der SED-Diktatur zu ehren. Denn vor 50 Jahren, am 21./22. April, hat hier der sogenannte Vereinigungsparteitag beschlossen, die Sozialdemokratie der Sowjetischen Besatzungszone auszuschalten und ihre Anhänger in der Folge zu unterdrücken.

Diese Zwangsvereinigung, noch nicht einmal ein Jahr nach dem Ende der barbarischen Nazi-Diktatur und den Hoffnungen auf Demokratie, bewirkte einen tiefen Einschnitt der deutschen Geschichte.

Die Sozialdemokratie, seit 1863 die Partei der Freiheit und der sozialen Demokratie, wurde in den finsternen Zeiten deutscher Geschichte immer unterdrückt und ihre Mitglieder verfolgt. Das galt während des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 und besonders schlimm in den Jahren der blutigen Nazidiktatur von 1933 bis 1945. Doch nach der Zwangsvereinigung von 1946 dauerte es über 40 Jahre, bis sich die Sozialdemokratie in Ostdeutschland neu gründete und dort mithalf, das SED-Regime zu stürzen.

Sozialdemokraten sagen keineswegs - wie kürzlich „Neues Deutschland“ behauptete - die SPD habe „immer recht“ gehabt - das war die sattsam bekannte Losung der SED. Aber wenn heute die SPD derjenigen gedenkt, die von der kommunistischen Diktatur verfolgt wurden, so kann sie durchaus darauf verweisen, daß sie gegenüber dieser Diktatur als Partei der Demokratie im Recht war.

Die Praxis wie der Zusammenbruch des Kommunismus haben bewiesen: eine bessere, humane Gesellschaft, die Emanzipation des Menschen und

soziale Gerechtigkeit sind Werte, die niemals auf dem Wege einer Diktatur, sondern nur in der Demokratie verwirklicht werden können.

Hier zeigt sich eben - wie Wolfgang Thierse kürzlich feststellte - daß das Demokratieverständnis die Scheidelinie zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten war und bleibt.

Die SED, die sich ja stets lauthals auf Marx und Engels als ihre angeblichen Lehrmeister berief, hat einen Ausspruch von Engels bewußt verdrängt. Engels sprach von der „Explosivkraft der demokratischen Ideen und den der Menschheit angeborenen Drang nach Freiheit“. Auch deswegen mußte die SED-Diktatur scheitern.

Gerade in dieser Erkenntnis verweigerten sich Sozialdemokraten der Zwangsvereinigung von 1946 und haben sie bekämpft. Heute windet sich die PDS und will diesen Begriff nicht gebrauchen. Der Grund dafür ist klar, denn sie hat den Bruch mit ihren Vorgängern nicht wirklich vollzogen. Ihre Vertreter pflegen weiterhin SED-Mythen. Eine davon lautet, daß es in Ostdeutschland damals einen demokratischen Neuanfang gegeben habe. Diese Legende ist entlarvt, wenn offengelegt wird, daß mit dem antidemokratischen Akt der Zwangsvereinigung eine erste politische Hypothek der SBZ/DDR entstand.

Die Konservativen schließlich wenden sich gegen den Terminus, weil auch sie Geschichte instrumentalisieren wollen, abzulenken versuchen von der Mitmacherfunktion der Blockparteien, die sie nach der Wende alsbald bei sich eingereiht haben.

Der Begriff der Zwangsvereinigung beschreibt exakt die politische Situation der Sozialdemokraten 1945/46. Unter dem Druck sowjetischer Besatzung gab es keine Alternative. In der SBZ hatten sie keine freie Entscheidung, ob sie die SPD weiterführen wollten oder nicht. Die Besatzungsbehörden ließen nicht einmal eine offene Diskussion oder gar Opposition gegen die „Einheit“

und für die Freiheit zu. Dort, wo die SMAD keinen Zwang ausüben konnte - im Westen - da kam es eben auch zu keiner „Einheitspartei“.

Von Anfang an warnte Kurt Schumacher vor dem kommunistischen Konzept der Einheitspartei. Er sah darin zu Recht die Suche nach dem „großen Blutspender“, die Absicht, der Sozialdemokratie eine kommunistische Führung aufzuzwingen. Außerhalb des Machtbereichs der sowjetischen Besatzung konnten alle Einheitsversuche der Kommunisten abgewehrt werden.

Die Schaffung der SED 1946 war im Osten Deutschlands der ^{Auftakt} ~~erste Schritt~~ zur ~~Errichtung~~ Errichtung der kommunistischen Diktatur. Diese Strategie hatte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck im Oktober 1944 in Moskau mit der Forderung verbunden, die Sozialdemokratie sei zu „vernichten“.

Das wurde in Deutschland nach dem Krieg nicht mehr so deutlich gesagt. Jetzt galt vielmehr Ulbrichts Devise: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“.

Entsprechend haben die Kommunisten 1945 öffentlich ihrer alten Politik abgeschworen und sich zur parlamentarischen Demokratie bekannt. In dieser Wendung sahen Sozialdemokraten eine Chance, nicht nur den verhängnisvollen „Bruderkampf“ der Zeit vor 1933 zu beenden, sondern eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Dies lehnte die KPD anfangs ab, weil sie erst ihre Funktionäre auf Stalins neue Taktik einschwören mußte.

Die zunehmend isolierten Kommunisten schwenkten um und begannen im Herbst 1945 mit der Einheitskampagne. Das war ~~ein~~ erster Schritt zur „Vernichtung“ ihrer demokratischen Konkurrenz, der SPD. Und zwar versuchten sie es mit Zuckerbrot und Peitsche, oder - wie Kurt Schumacher es genauer ausdrückte - mit „den Mitteln der Gewalt und des Überlistens“.

Kommunisten diffamierten Sozialdemokraten, die Freiheit statt Einheit wollten, als „Spalter“, „Saboteure“ oder gar „Faschisten“. Zwang, Gewalt und Druck geschah auf vielfältige Art. Es gab Redeverbote und

Verhaftungen, Folterungen und Mord, aber auch Nötigung und Erpressung ebenso wie Täuschung, Bestechung und Unterwanderung. Wie zahlreich damals die Opfer waren, hat Erich Ollenhauer 1961 mitgeteilt. „Zwischen Dezember 1945 und April 1946 wurden in der SBZ mindestens 20.000 Sozialdemokraten gemäßregelt, für kürzere oder auch für sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet“. Darüber wird nachher berichtet.

Hier ist besonders hervorzuheben, daß zu den Opfern der Repressalien in der SBZ auch solche Sozialdemokraten gehörten, die bereits unter dem Hitler-Regime verfolgt worden waren. Wie Hermann Kreuzer u.a. herausfand, wurden Dutzende Opfer des Faschismus dann zu Opfern des Stalinismus. Sozialdemokraten, die zuvor jahrelang in Hitlers Zuchthäusern eingesperrt gewesen waren, sind z.B. nach 1945 in Zuchthäusern u.a. Bautzen ums Leben gekommen. Unter ihnen Karl Faber aus Piesteritz, Karl Franke aus Crimmitschau, Gustav Hartmann aus Rudolstadt, Arno Groß aus Gera, Artur Lorenz aus Cottbus, Carl Rudolf aus Chemnitz und Otto Schmidt aus Bitterfeld. Frühes Opfer war der schon von den Nazis eingekerkerte sozialdemokratische Polizeimajor Karl Heinrich aus Berlin. Im August 1945 von Sowjetbehörden erneut verhaftet, kam er im Lager Hohenschönhausen um.

Markantes Indiz für den Zwang war die Verweigerung einer Urabstimmung, die - wie wir heute genauer wissen - von Sozialdemokraten fast überall in der SBZ gefordert wurde. Daß die Kommunisten eine demokratische Entscheidung mit Recht fürchteten, bewies das Abstimmungsergebnis der Westberliner SPD-Mitglieder, die mit 82 Prozent die „Vereinigung“ ablehnten.

Es war eine „Zwangs- und Betrugsvereinigung“, die dann im April 1946 stattfand. 1945 hatte die KPD nicht nur auf die Demokratie geschworen, sondern versichert, die „Einheitspartei“ werde einen „besonderen deutschen und demokratischen“ Weg gehen. Es schien, als distanzierte sie sich damit

sowohl von der stalinistischen Praxis der Sowjetunion als auch vom Leninismus. Zudem wurde beschlossen, alle Funktionen in der SED paritätisch zu besetzen.

Mit Zwang und mit dieser „Überlistung“ erreichten die Kommunisten - es sollte ja „demokratisch“ aussehen - die als Vereinigung getarnte Vernichtung der ostdeutschen Sozialdemokratie. Die Versprechungen wurden nicht eingehalten, spätestens ab 1948 erwiesen sie sich als Betrug: nun wurde die SED zu einer stalinistischen „Partei neuen Typus“ umgewandelt, der „deutsche, demokratische“ Weg als falsch verworfen, die Parität abgeschafft und stattdessen der „Sozialdemokratismus“ zum „Hauptfeind“ der SED erklärt.

Die Sozialdemokraten - einerlei, ob mit Zwang in die neue Partei überführt, ob beigetreten, weil keine Alternative mehr bestand, oder gar im Glauben an die „notwendige Einheit“ freiwillig in die SED gekommen - waren nunmehr in der Sowjetzone und später in der DDR ohne politische Heimat. Ihnen blieb nur, entweder zu den Kommunisten überzulaufen, oder aber vor dem stalinistischen Terror zu flüchten. Doch viele wurden verfolgt, gerieten in die Zuchthäuser des SED-Staates.

So wie zunächst diejenigen Sozialdemokraten verfolgt worden waren, die für die Freiheit der SPD eintraten, so nun in einem weiteren Schritt diejenigen, die sozialdemokratische Traditionen innerhalb der SED bewahren wollten.

Alle freiheitlichen Ideen der Arbeiterbewegung nach Emanzipation und demokratischer Selbstbestimmung in einer solidarischen Gesellschaft waren von nun an in der SED-Diktatur als „Sozialdemokratismus“ verdammt und kriminalisiert.

In Westdeutschland und Berlin hatte sich die Sozialdemokratie konsolidiert. In der SBZ wuchsen Skepsis und Resignation, aber trotz des Terrors wurde auch Widerstand geleistet. Schon im Frühjahr 1947 gerieten

Sozialdemokraten in Halle unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit Schumacher in Haft. In den wenigen Monaten von September 1948 bis Januar 1949 sind 400 sogenannte Agenten des Ostbüros der SPD aus der SED ausgeschlossen und verhaftet worden.

Wie die Akten jetzt zeigen, sind allein 1949 noch 50.000 Mitglieder aus der SED ausgetreten. Weitere 12.000 wurden ausgeschlossen, ein Viertel davon wegen „sowjetfeindlicher Haltung“. Und 1.600 Mitglieder wurden gar wegen sogenannten „Agententum“ (also Verbindung zum Ostbüro der SPD) ausgeschlossen und meist verhaftet.

Die Delegierten des III. Parteitages der SED im Juli 1950 gelobten, eine Partei „nach dem Vorbild Lenin-Stalins“ zu schaffen und den „Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus“ zu führen. Das bedeutete, diese „Feinde“ zu „entlarven und auszumerzen“. Nach diesem neuen Signal schloß die Ulbricht-SED 1950/51 weitere 150.000 Mitglieder aus, darunter befanden sich zu einem Großteil wieder Sozialdemokraten.

Selbst die meisten der ehemaligen SPD-Mitglieder im 1. Parteivorstand der SED 1946 waren schon bald aus ihren Positionen verdrängt. Von den 40 Sozialdemokraten wurden sechs sogar inhaftiert: Bruno Böttge, Max Fank, Max Fechner, Paul Szillat, Stanislaw Trabalski und Willi Jesse - letzterer bereits wenige Wochen nach der Zwangsvereinigung. Neun weitere Vorstandsmitglieder (darunter Erich Gniffke) wurden ausgeschlossen und flüchteten in den Westen.

Die Folge der „bis zum Exzeß getriebenen Verketzerung des Sozialdemokratismus“ war nach Berechnungen von Karl Wilhelm Fricke, daß bis 1953 rund 230.000 Mitglieder durch Flucht, Austritt, Streichung oder Ausschluß aus der SED „eliminiert“ wurden. Es sind - so der Schumacher-Kreis - allein 100.000 Sozialdemokraten in den Westen geflüchtet.

Zeitweise waren Tausende Sozialdemokraten in den Zuchthäusern der SBZ/DDR eingesperrt. Die exakten Zahlen fehlen uns leider immer noch. Bezeichnend ist, daß die DDR-Behörden im Juli 1956 dann selbst bekanntgaben, es seien „691 Personen, die früher oder jetzt der SPD angehörten“, amnestiert worden. Es ist ganz offensichtlich, daß sich die politischen Repressalien hauptsächlich gegen Sozialdemokraten richteten.

Drahtzieher der politischen wie der juristischen Verfolgung war stets die SED-Führung. Beipielsweise hatte das „Kleine Sekretariat“ unter Ulbricht im Februar 1950 detailliert den Prozeßverlauf festgelegt, nach dem dann im April 1950 der Sozialdemokrat Willi Brundert (und der Christdemokrat Herwegen) in einem Schauprozeß zu (15 Jahren) Zuchthaus zu verurteilen war. An diese Direktive hielt sich die Justiz ganz genau.

Die Verantwortung der SED ist eindeutig und ein Schuldeingeständnis nach 50 Jahren überfällig. Und daher wäre es besser, die Nachfolgepartei würde anstatt spitzfindiger Wortklauberei die Zwangsvereinigung zugeben.

Beim Rückblick auf die historische Tatsache der Verfolgung von Sozialdemokraten wird außerdem allzu deutlich, wie erbärmlich heutige Anwürfe Konservativer sind, die SPD habe sich damals „freiwillig“ mit den Kommunisten zusammengetan.

Die historische Bedeutung des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie gegen Diktatur und Zwangsvereinigung ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Nach 12 Jahren NS-Diktatur wurden bleibende Zeichen von Zivilcourage und Opferbereitschaft gesetzt. Unbestreitbar ist, daß der Widerstand der SPD unter Kurt Schumacher gegen die Zwangsvereinigung und ihre Verhinderung im Westen eine Grundlage der Demokratie bildeten. Auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur SED-Diktatur hat in ihrem Bericht 1994 festgehalten, daß dies „eine der Voraussetzungen für die Schaffung eines demokratischen Staatswesens in den Westzonen“ war.

8

Und in diesem Zusammenhang ist der sozialdemokratische Widerstand gegen die Zwangsvereinigung und die kommunistische Diktatur - so wie einst der sozialdemokratische Widerstand gegen die barbarische Nazi-Diktatur - ein Teil der deutschen Freiheitsbewegung.

Darauf ist unsere Demokratie aufgebaut. Und dafür ist heute voller Respekt derer zu gedenken und denen zu danken, die diesen Kampf nicht scheuten: den sozialdemokratischen Opfern. Diese Tradition hat die SPD zu würdigen und als wichtigen Abschnitt ihrer Geschichte zu begreifen - einerlei, wo die damals Verfolgten jetzt politisch stehen mögen.

Wir alle stehen daher tief in der Schuld dieses sozialdemokratischen Widerstandes und der vielen Opfer des Stalinismus. Nicht zuletzt daraus erwächst unsere Pflicht, die soziale Demokratie zu verteidigen, zu schützen und weiter auszubauen.